

Auszug aus **Amelie Lanier** bei **Context XXI**<http://contextxxi.org/--amelie-lanier--.html>[\(http://contextxxi.org/albanien-1999.html\)](http://contextxxi.org/albanien-1999.html)

erstellt am: 26. Mai 2024

Datum dieses Beitrags: 1999

# Albanien 1999

## Aufmarschgebiet der NATO

■ AMELIE LANIER

### Albanien und der „Islamische Fundamentalismus“

Wie zuletzt der Fall Öcalans gezeigt hat, gibt es heute fast kein Land mehr auf der Welt, in dem politisch Verfolgte Zuflucht finden können – es sei denn, dieses Land ist durch Bürgerkrieg, Korruption und Verbrechen in einen Zustand versetzt worden, in dem die Regierung das Treiben der Landesbewohner nicht mehr kontrollieren kann. In einem solchen Land kann man zwar nicht mehr offiziell Aufnahme finden, aber man kann in ihm untertauchen. Zu dieser Gruppe von Staaten, in denen die Souveränität nur mehr nominell besteht, gehören verschiedene afrikanische Länder, Afghanistan, und auch Albanien.

Der Strom islamischer Organisationen nach Albanien begann 1991, noch unter der letzten kommunistischen Regierung von Ramiz Alia. Diese Regierung hob das Verbot der Religionsausübung auf. Dabei mag sie Länder wie Österreich im Auge gehabt haben, in denen eine Staatsreligion und eine Staatskirche sich in trauter Eintracht mit der Regierung um die Moral des Volkes sorgen. Alia und seine Mannschaft erhofften sich also eine Stärkung ihrer eigenen Stellung durch die Gewährung der Religionsfreiheit.

Daß diese nicht eingetreten ist, liegt in der Natur der Sache. Der Glaube bewährt sich nur dort als Opium für das Volk, wo er innerhalb eines fest eingerichteten Verhältnisses von Rechten

und Pflichten gepflegt wird. Er kann eine funktionierende politökonomische Ordnung eines Staatswesens nicht ersetzen, geschweige denn schaffen.

Es war übrigens nicht so, dass die Albaner 1991 von sich aus diese Religionsfreiheit gefordert hätten. Die auch seither nicht sehr üppigen Missionierungs-Erfolge islamischer (auch christlicher, nebenbei) Organisationen sind darauf zurückzuführen, daß diese gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen, für die der albanische Staat nicht mehr aufkommen kann und will: Sie eröffnen Koranschulen in Gegenden, für die sich kein albanischer Lehrer findet. Sie übernehmen die Verwaltung des ständig wachsenden Elends, kümmern sich um Waisen und Witwen, Alte und Kranke, und stellen für eifrige Schüler Stipendien zur Verfügung.

Die islamischen Organisationen waren der antikommunistischen Regierung Berishas zunächst hochwillkommen. Sie erhoffte sich finanzielle, ideologische und außenpolitische Unterstützung durch die arabischen Staaten. 1993 trat Albanien der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) bei. Die ersten Mißtöne kamen 1996 anlässlich eines Vandalismusaktes von Koranschülern gegen eine orthodoxe Kirche auf. Die wahre Motivation der Kursänderung dürfte das Bewußtsein gewesen sein, daß eine betont islamische Orientierung Albanien die angestrebte Integration in westliche Bündnisse behindern würde. Eine Schließung der islamischen Schulen in Albanien wurde angedroht.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatten sich bereits amerikanische Geheimdien-

ste für die islamisch-arabischen Organisationen in Albanien zu interessieren begonnen. In einer geheimen Aktion wurden schließlich im Juni 1998 in Zusammenarbeit von FBI, CIA und albanischem Geheimdienst mehrere Ägypter verhaftet und nach Ägypten oder in die USA überstellt. Sie sollen Mitglieder der ägyptischen fundamentalistischen Vereinigungen al-Gama'at al-Islamiya oder Jihad gewesen sein, einige von ihnen wurden verdächtigt, am Massaker von Luxor 1997 beteiligt gewesen zu sein. Die Öffentlichkeit hätte, wäre es nach den beteiligten Geheimdiensten gegangen, weder über Beweise gegen diese Personen noch über ihr weiteres Schicksal etwas erfahren.

Die „Herald Tribune“ berichtete einige Tage nach den Bombenanschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Kenia und Tansania, daß diese ein Vergeltungsschlag für die Verhaftungen in Albanien gewesen seien. Die Dementis der albanischen Behörden kontrastierten mit gleichzeitig ergriffenen Maßnahmen: Für die amerikanische Botschaft in Tirana und die albanischen Botschaften in mehreren europäischen Städten wurden strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Albanische Politiker versicherten, alle in Albanien lebenden Araber umgehend zu „durchleuchten“. Die Regierung beschloß den sofortigen Austritt aus der OIC. Der albanische Polizei nahm weitere Verhaftungen vor. Im Oktober wurde in Tirana ein Ägypter von der Polizei erschossen, der angeblich an den Bombenanschlägen in Afrika beteiligt war. Auch hier weiß man nichts Genaues, weder über Beweise für diese Beteiligung noch über die ge-

nauen Umstände seines Todes.

Ein wegen Mordes angeklagter Algerier berichtete im November, ein Agent Osama Bin Ladens zu sein, der ihn beauftragt habe, Kämpfer anzuwerben, auszurüsten und den Kosova-Albanern als Beistand in ihrem Kampf gegen die Serben zu schicken. Diese Behauptungen wurden vom albanischen Geheimdienst bestätigt.

Bin Laden hat sich offenbar auf dem Balkan das gleiche Ziel gesetzt, mit dem er seine politische Karriere in Afghanistan begonnen hatte: Religiös motivierte Fanatiker gegen einen Feind des Islams auszurüsten und in den Kampf zu schicken. Damals, in Afghanistan, waren diese Leute von den USA geschätzt und unterstützte Freiheitskämpfer, heute nennt man sie islamische Terroristen.

Seither sind Albaner und Amerikaner damit beschäftigt, dieses „Netzwerk“ des saudiarabischen Prinzen in Albanien und den Nachbarländern auszuheben.

Für diese Hetzjagd auf Islamisten sind die USA gut gerüstet: Sie unterhalten seit einiger Zeit, auf jeden Fall noch vor den Anschlägen in Afrika, ein Büro des FBI in Tirana. Der FBI ist der Inlandgeheimdienst der USA, diese betrachten also das, was arabische Organisationen in Albanien treiben, als eine innere Angelegenheit Amerikas. Eine ähnliche Einstellung pflegen sie auch zu anderen postkommunistischen Staaten: Demnächst wird ein FBI-Büro in Ungarn eröffnet.

## Albanien und die NATO

Das Interesse der NATO, genauer: der USA an Albanien erwachte anlässlich ihrer großflächigen Einmischung im bosnischen Bürgerkrieg. Albanien diente neben Kroatien und Italien als Basis für Bomber-Flüge gegen die Stellungen der bosnischen Serben. Seit dem Sommer 1995 trainieren albanische Soldaten in den USA im Rahmen des PSP-Programms. Ebenfalls seit 1995 hält die NATO Manöver in Albanien ab.

Die Stellung Albaniens zur NATO kennzeichnete von Anfang an tiefste Unterwürfigkeit. Das sehr bescheiden ausgerüstete albanische Heer war und ist über jede ausrangierte Waffe, jeden Tanker aus NATO-Beständen dankbar,

ebenso für Ausbildungsmöglichkeiten ihrer Soldaten in Amerika. Dort bekommen die Albaner nämlich nicht nur eine Ausbildung, sondern auch regelmäßig reichliche Nahrung – was im albanischen Heer seit Jahren ein Problem darstellt.

Die Regierung Berisha erhoffte sich durch die NATO eine außenpolitische Aufwertung und eine Stärkung ihrer Autorität im Inland. Da Albanien als Stützpunkt gegen Serbien in Anspruch genommen wurde, kalkulierten Berisha und ein Teil seiner Mannschaft wohl auch mit der Unterstützung der Kosovo-Albaner durch die NATO und einem möglichen Groß-Albanien, wie es nur einmal, unter der italienischen Besatzung, bestanden hatte.

Berisha wurde 97 durch einen Volksaufstand gestürzt und infolgedessen von seinen westlichen Gönnern fallengelassen. Seine Nachfolger werden zwar anerkannt und unterstützt, aber nicht in einem Maße, das ihnen sorgenfreies Regieren ermöglichen würde.

Obwohl es auch die folgenden Regierungen nie an Dienstfertigkeit gegenüber dem westlichen Militärbündnis fehlen ließen, ist keine der Berechnungen bezüglich der NATO aufgegangen. Das ist ein Risiko jedes Staates, der sich zur abhängigen Variable von Großmacht-politik macht. Die albanische Armee ist – vor allem seit der Plünderung ihrer Lager während der Unruhen 97 – mit zu wenigen und erbärmlichen Waffen ausgerüstet, bei Panzern und ähnlichem großen Gerät schaut es noch schlechter aus. Zusagen, die die USA bezüglich Ausrüstung noch 1996 gemacht hatten, wurden nie eingelöst. Es ist nämlich den Offizieren der NATO nicht entgangen, daß Waffen, die der albanischen Armee zur Verfügung gestellt würden, sehr bald für etwas Kleingeld in die „zivile Sphäre“ wechseln und zur Ausrüstung von Schmugglern, UCK-Rebellen oder Autoschiebern dienen würden. Auch Fahrzeuge wären von dieser Art der „Verwertung“ nicht geschützt. Also beschränkt sich die Zusammenarbeit auf „Ausbildung“ und „Beratung“.

Albanien wurde – ähnlich wie andere postkommunistische Staaten, die sich früher dem Einfluß westlicher Bündnisse entzogen hatten und nach der Wende in dieser Hinsicht einen

unbestellten Acker darstellten – zum Objekt der imperialistischen Konkurrenz zwischen den USA und den europäischen Staaten. Die EU hatte die Regierung Berisha vorbehaltlos unterstützt. Erst als diese sich nicht mehr halten konnte, griffen die europäischen Staaten ein, verordneten Neuwahlen und entsendeten Soldaten im Rahmen der Aktion „Alba“. Das angestrebte Ziel dieser Maßnahmen, wieder geordnete Verhältnisse im Land zu schaffen, d.h. mit anderen Worten: wieder ein funktionierendes Gewaltmonopol zu errichten, wurde nicht erreicht. Eine solche Staatsmacht läßt sich nämlich nicht von außen verordnen, wenn ihr im Inneren des Landes alle Grundlagen abhanden gekommen sind – es sei denn, die „Schutzmächte“ errichten ein Protektorat, wie in Bosnien.

Die USA haben sich solche ehrgeizigen Ziele nie gesteckt. Albanien ist aufgrund seiner Lage nützlich, also muß Militär hin. Der offizielle Sprachgebrauch lautet: Kooperation, gemeinsame Manöver, usw. Die Sache ist aber sehr einseitig. Eine politische und ökonomische Aufwertung, wie sie Ungarn oder Polen über die NATO-Mitgliedschaft erfahren haben, ist für Albanien nicht in Sicht. Albanien ist ein NATO-Stützpunkt minderer Qualität, der es aufgrund seiner desolaten inneren Zustände vermutlich nie zu einer Mitgliedschaft in dieser illustren Gesellschaft bringen wird. Selbst die militärische Hilfe ist sehr beschränkt: Der Wunsch der albanischen Regierung, daß die NATO die albanisch-jugoslawische Grenze sichern möge, wurde von den NATO-Staaten im Vorjahr mehrmals abgelehnt – die von der albanischen Regierung angestrebte Unterbindung des Waffenschmuggels und der Benützung Nordalbanien als Hinterland der UCK-Guerilla war offenbar nicht ident mit den damaligen Zielen der NATO.

Heute ist Albanien Aufmarschgebiet für den Balkankrieg der NATO und Aufanglager für die vertriebenen Kosovaren. Für beides bringt das Land außer seiner geographischen Lage keinerlei Voraussetzungen mit. Zu keiner der Ortschaften des Grenzgebietes führt eine asphaltierte Straße, Transporte von schweren Waffen und großen Menschenmengen sind schwierig bis un-

möglich. Albanien ist verelendet, kann seine eigenen Bewohner nicht ernähren, noch weniger Hunderttausende Flüchtlinge. Es wird mit jedem Tag mehr in die Kampfhandlungen hineingezogen, ohne daß es dabei eine aktive Rolle spielen oder ein nationales Interesse wahrnehmen könnte. Die Kosovo-Frage ist darüberhinaus ein ständiger Streitpunkt der albanischen Innenpolitik.

## Albanien und das Kosovo

Die Grenzen Albaniens und seiner Nachbarstaaten sind das Ergebnis mehrerer Balkankriege und -Konferenzen der Großmächte, die ihren jeweiligen Günstlingen nach Möglichkeit Territorien verschaffen und sie den Protegés der anderen wegnehmen wollten. Es ist nämlich das Schicksal dieser Region, Material für die imperialistische Konkurrenz zu sein. Das macht sie zum „Pulverfaß“. Heute ist es wieder so weit.

Albanien als eigenständiger Staat wurde 1913 geschaffen, weil Österreich-Ungarn verhindern wollte, daß dieses Territorium Serbien und Griechenland zugeteilt wird. Bei diesem Kuhhandel der damaligen Weltordner war eine Gegend ungefähr in den Grenzen des heutigen Albanien das Äußerste, was die albanischen Politiker für sich herausholen konnten. Viele Gegenden mit albanischer Bevölkerung fielen an Serbien, Montenegro und Griechenland.

Damit soll nicht ausgedrückt werden, daß die Grenzen damals falsch gezogen worden wären. Es gibt nämlich gar keine „richtigen“ Grenzen. Sie alle trennen die Leute voneinander, machen sie zum Material unterschiedlicher staatlicher Berechnungen und Maßnahmen, und zum Kanonenfutter in etwaigen Kriegen. Noch weniger gibt es „richtige“ Grenzen auf dem Balkan, wo jede Grenzziehung Minderheiten schafft, mit der entsprechenden „Problematik“.

Eine Angliederung des Kosovo stand eigentlich seither nie mehr auf dem Programm irgendeiner albanischen Regierung. Albanien hätte aus eigener Kraft keinen Krieg gegen Serbien gewinnen können. Es fand auch – mit Ausnahme der Besatzungsmacht Italien –

nie einen Paten im Kreis der tonangebenden Mächte, der ein solches Vorhaben unterstützt hätte.

Das Kräfteverhältnis und die Vorgaben der USA und EU bestimmen auch heute die Politik Albaniens in Hinsicht auf das Kosovo. Auch diese heutigen Großmächte wollten bisher keine Vereinigung Albaniens mit dem Kosovo. Es ist aber nicht nur die Rücksicht auf gewichtige ausländische Interessen, die die albanische Regierung dazu bewegt, in der Kosovo-Frage vorsichtig aufzutreten.

Nehmen wir einmal die demographischen Voraussetzungen. Albanien hat etwas über 3 Millionen Einwohner, die albanische Bevölkerung des Kosovo macht 1,7 oder 1,8 Millionen aus, mehr als die Hälfte derjenigen Albaniens. Es ist dabei nicht so, daß eine arme Provinz auf ein stabiles Mutterland trifft, sondern man kann sich schwer entscheiden, in welchem der beiden Gegenden die ökonomischen und politischen Zustände unerfreulicher sind. Eher hat sogar Kosovo die besseren Karten: Dort gibt es eine intellektuelle und politische Elite, die zwar jahrelang im Untergrund existiert hat, aber nach wie vor relativ intakt ist. Albanien hat eine mehrjährige und außergewöhnlich intensive Abwanderung der Elite zu verzeichnen, das politische Leben ist von einer Korruption gezeichnet, die sogar für diese Weltgegend außergewöhnlich ist. Würde das Kosovo mit Albanien vereinigt, ist keineswegs sicher, daß Tirana weiterhin das Zentrum der Entscheidungen über das Schicksal des Landes würde. Warum nicht Prishtina? Die Kosovarer hätten sogar ein gutes Stück Tradition auf ihrer Seite, denn die Verkündung des nationalen Gedankens, der Wille zu einem eigenen albanischen Staat ging im 19. Jahrhundert vom Kosovo aus, von der Liga von Prizren.

Sollte die Kosovo-Frage nun mit Hilfe der NATO gegen Serbien entschieden werden und die UCK siegestrunken Groß-Albanien ausrufen, so würde sich sofort die Frage stellen: Wer stellt und wo residiert die neue Regierung? und der inneralbanische Konflikt ginge los.

Die Vorstellung, daß die ethnische Zugehörigkeit automatisch Einheit schafft, ist nämlich ein Trugbild, das sich nur

solange aufrechterhalten läßt, als diese Einheit gewaltsam von außen erzeugt wird. Wenn Albaner von der serbischen Regierung verfolgt werden, so erzeugt das ein gemeinsames Interesse aller Albaner, sich der Verfolgung zu entziehen und „die Serben“ zu bekämpfen. Was aber, wenn dieser Druck aufhört? Dann fängt das Streiten an, was denn nun zu tun sei, und die Einigkeit ist dahin.

Verschiedene Regierungen, unterschiedliche Kosovo-Politik. Als Sali Berisha seinen ersten Wahlkampf abwickelte, erklärte er die Kosovo-Frage zu seinem obersten Anliegen. Er beschwor die Einheit der albanischen Nation, die sich durch Staatsgrenzen nicht beirren lassen dürfe. Damit wollte er sich als bessere Alternative zur kommunistischen Partei präsentieren, die sich seit Jahrzehnten jeder Einmischung in die Angelegenheiten Jugoslawiens enthalten hatte. Er gewann diese Wahl. Die nationale Karte hatte gezogen.

Im Grunde betrieb Berisha in Albanien die gleiche Politik wie Milosevic in Serbien: Die eigenen Brüder und Schwestern jenseits der Landesgrenzen gehören geschützt und unterstützt, gegen andere Nationalisten, die ihnen an den Kragen wollen. Eigene Minderheiten im Inland sind eigentlich störend und sollten gar nicht als Staatsvolk behandelt werden. Die jahrelange strafrechtliche Verfolgung und Diskriminierung der Griechen in Südalbanien wurde erst aus außenpolitischen Rücksichten eingestellt oder zumindest zurückgeschraubt.

Als Regierungschef unterstützte er öffentlich und sichtbar die Untergrundregierung Rugovas, und weniger öffentlich die seit Anfang 1996 aktive UCK. Die Unterstützung bestand sicher nie in großen materiellen Zuwendungen. Das Allerwichtigste war einfach, daß das Territorium Albaniens, seine Häfen und seine schwer kontrollierbare Gebirgsgrenze für die Versorgungsbedürfnisse dieser klandestinen Organisationen zur Verfügung standen.

Seit dem Regierungswechsel 1997 ist die Kosovo-Frage ein wichtiger Faktor der albanischen Innenpolitik geworden. Die neue Regierung war mit Hilfe der EU an die Macht gekommen und hält sich nur dank auswärtiger Hilfe. Sie ist international anerkannt. Der vom Volkszorn verjagte ehemaliger Premier Ber-

isha will wieder an die Macht. Legal kann er Wahlen nicht mehr gewinnen: Er ist zu unbeliebt. Als Oppositionsführer fehlen ihm die Möglichkeiten, Wahlen in seinem Sinne gewaltsam zu manipulieren, wie er es 1996 getan hat. Die UCK betrachtete er als eine Möglichkeit, sich eine bewaffnete Truppe zu schaffen und auf weniger demokratische Art wieder an die Regierung zu kommen. (Auf ähnliche Art hat immerhin auch Achmed Zogu 1924 die Macht in Albanien erobert.) Deshalb unterstützte Berisha in den letzten eineinhalb Jahren die UCK mit allen Mitteln. Gleichzeitig benutzte er die Kosovo-Frage zur außenpolitischen Profilierung seiner eigenen Partei, indem er stets möglichst gegenteilige Positionen zu denen der Regierung formulierte.

Die Erklärungen der albanischen Regierungen der letzten 2 Jahre waren geprägt von den Bemühungen, sich den

wechselnden Vorgaben von OSZE, EU, USA usw. anzupassen. Premierminister Nano erinnerte in einer Grundsatzrede zur Kosovo-Frage im April 98 daran, daß „die internationale Kontakt-Gruppe in dieser Frage uneinig ist“, was der albanischen Führung die außenpolitische Positionierung erschwerte.

Diese Schwierigkeiten sind jetzt vorbei. Albanien's Rolle ist klar: Es ist Landebahn und Aufmarschbasis der NATO-Truppen. Der nächste Balkankrieg wird (auch) von albanischem Boden geführt.

Geschrieben 1999 für die österreichische Wochenzeitung „VOLKSS-TIMME“. Ohne Angabe von Gründen nur teilweise veröffentlicht (ohne den Teil über die islamischen Fundamentalisten).

**Amelie Lanier:** Jahrgang 1961,

Studium der Mathematik, Geschichte und Philosophie an der Universität Wien, dort Promotion zum Doktor der Philosophie 1988. Dissertation: „Über die Widersprüchlichkeit von Moralphilosophie am Beispiel Friedrich Nietzsches.“ Seither freie Forschungstätigkeit über die Geschichte Osteuropas und des österreichischen Kreditwesens. Publikationen zum Transformationsprozeß nach 1989 und den neueren Entwicklungen im Bankwesen. Wohnort: Zell am See. Motto: „Wenn die Pforten der Wahrnehmung gereinigt würden, würde alles dem Menschen erscheinen, wie es ist: unendlich.“ (William Blake, Die Hochzeit des Himmels und der Hölle)

Lizenz dieses Beitrags

Copyright

© Copyright liegt beim Autor / bei der Autorin des Artikels